

## **Demos im Februar: Linkspolitiker Hahn wirft Staatsanwaltschaft Besessenheit vor**

**DNN online, dpa 12.8.11**

Dresden. Die Staatsanwaltschaft Dresden hält den Linkspolitiker André Hahn weiter für einen Rädelsführer der Proteste gegen Neonazis im Februar 2010 und hat neues Material gegen ihn vorgelegt. Hahn - Fraktionschef der Linken im sächsischen Landtag - machte das am Freitag selbst öffentlich. Er warf der Behörde vor, von ihrer Idee, einen „Schuldigen“ zu finden, geradezu besessen zu sein.

Die Staatsanwaltschaft begehrt die Aufhebung der Immunität Hahns, um Anklage wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz zu erheben. Der Rechtsausschuss des Landtags hatte im April eine Entscheidung dazu vertagt. Am Freitag vermischte sich der Fall Hahn mit dem des Jenaer Pfarrers Lothar König, gegen den wegen der Proteste 2011 ermittelt wird.

Die Staatsanwaltschaft Dresden hat die Durchsuchung der Dienstwohnung des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König verteidigt. Bei der Aktion am vergangenen Mittwoch seien neben einem Fahrzeug auch der Computer und Schriftstücke des Geistlichen beschlagnahmt worden, sagte Staatsanwalt Jan Hille am Freitag der Nachrichtenagentur dpa.

König selbst war zu diesem Zeitpunkt im Urlaub. Nach Aussagen Hilles waren aber seine Tochter und der Anwalt des Pfarrers anwesend. König wird „aufwieglerischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er am 19. Februar an Demonstrationen gegen Neonazis in Dresden teilnahm. Er soll per Lautsprecher Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. König weist das zurück. Polizei und Justiz in Sachsen waren wegen der Durchsuchung scharf kritisiert worden.

## **Irritation über sächsische Polizeiaktion**

**DNN 12.8.11 von Robert Büssow/ Christoph Springer**

Jena/Dresden (DNN). Die unangemeldete Hausdurchsuchung sächsischer Polizisten bei dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König sorgte gestern weiter für Wirbel. Nicht nur die Kirche, sondern auch Thüringens Vize- Ministerpräsident Christoph Matschie (SPD) und der Justizminister des Nachbarlandes zeigten sich irritiert.

Es bestehe ein „großes Informationsdefizit“, sagte Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) und forderte dringend ein klärendes Gespräch. „Es ist fraglich, ob die Thüringer Behörden im erforderlichen Maße eingebunden waren.“ Ein Abkommen beider Länder schreibe für grenzüberschreitende Einsätze eine rechtzeitige Abstimmung vor. Die Durchsuchung hätte genauso durch Thüringer Polizisten erfolgen können.

Inzwischen hat es eine Verständigung zwischen beiden Innenressorts. Einem Sprecher zufolge wurde die Aktion der Sachsen nicht als Polizeieinsatz gewertet, sondern als einer für die Justiz. „Der Innenminister ist nicht zuständig für Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft und äußert sich dazu auch nicht“, hieß es dazu aus dem sächsischen Innenministerium. Das Justizressort in Dresden hielt sich unter Verweis auf das laufende Ermittlungsverfahren komplett bedeckt.

Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft dem 56-jährigen König „schweren aufwieglerischen Landfriedensbruch“ vor. Er soll am 19. Februar beim Nazi-Aufmarsch in Dresden linke Gegendemonstranten per Lautsprecher gegen die Polizei aufgehetzt haben. „Deckt die Bullen mit Steinen ein“, habe ein Aufruf gelautet. Ohne Kenntnis der Thüringer Behörden durchsuchten am Mittwoch mehr als 20 sächsische Polizisten die Dienstwohnung des Pfarrers in Jena. König, derzeit im Urlaub, weist die Vorwürfe zurück. Die Razzia habe vermutlich mit Ermittlungen gegen ihn zu tun, Mitglied einer kriminellen Vereinigung zu sein, einer linken Gruppe, die zu Gewalt gegen Rechtsradikale aufrufe.

Die Staatsanwaltschaft Dresden bestätigte entsprechende Ermittlungen. „Die Durchsuchung hat damit jedoch nichts zu tun. Das sind zwei verschiedene Sachen“, sagte Staatsanwalt Jan Hille den DNN. Zudem habe sich der Verdacht nicht bestätigt, das Verfahren werde wohl eingestellt.

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) äußerte sich gestern bestürzt und sah das Selbstbestimmungsrecht der Kirche verletzt. Landesbischöfin Ilse Junkermann erklärte: „Die Durchsuchung und die Beschlagnahme von Datenträgern, die dienstliche und damit auch seelsorgerische Belange betreffen können, sind skandalös.“

Der Fraktionsvorsitzende der Thüringer Links-Fraktion, Bodo Ramelow, forderte die Einsetzung einer Untersuchungskommission, um die „Aneinanderreihung juristischer Fehlleistungen der sächsischen Justiz“ aufzuarbeiten. Er bezeichnete die Razzia als „schamlosen Akt“. Die Staatsanwaltschaft Dresden bastele sich Strafvorwürfe für eine gezielte Einschüchterung zurecht. Gegen den Thüringer Linkspolitiker läuft ebenfalls ein Strafermittlungsverfahren in Dresden, das in Kürze zur Anklage kommen soll. Ihm werde Rädelführerschaft von Gegendemonstranten beim Nazi-Aufmarsch 2010 vorgeworfen.

Die Thüringer Landtagsabgeordnete und Tochter des Pfarrers, Katharina König (Linke), kündigte gestern gegenüber DNN ein juristisches Nachspiel der Razzia an: „Unsere Anwälte haben Akteneinsicht gefordert, Außer dem Durchsuchungsbefehl liegt uns nichts vor.“ Die Beschlagnahme des Transporters samt Lautsprecheranlage sei lächerlich. „Da sprechen ständig irgendwelche Leute durch. Das kann jeder gewesen sein.“

In Dresden haben gestern Nachmittag etwa 50 Menschen vor dem Landgericht demonstriert und die Einstellung der Ermittlungen gegen den Jenaer Jugendpfarrer verlangt. Der Protest verlief ruhig, teilte die Polizei auf DNN-Nachfrage mit.

DNN 12.8.11

# Sachsen-Razzia verstimmt Thüringen

Nachbarland verlangt Aufklärung über unangemeldete Hausdurchsuchung bei Jenaer Jugendpfarrer

Dresden/Erfurt (DNN/büß/dpa). Die Razzia sächsischer Polizisten in der Wohnung des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König sorgt für Verstimmung zwischen Thüringen und Sachsen. Thüringens Vize-Ministerpräsident Christoph Matschie (SPD) forderte die sächsische Landesregierung gestern auf, zum Vorgehen ihrer Polizei und Staatsanwaltschaft Stellung zu beziehen.

Sachsens Polizei steht wegen ihrer überraschenden Razzia in Thüringen weiter in der Schusslinie. Die Aktion der sächsischen Strafverfolger werfe Fragen auf, sagte Matschie – einen Monat vor einer gemeinsamen Kabinetts-

sitzung beider Regierungen in Dresden. Von anderer Seite sieht sich Sachsen zudem dem Vorwurf ausgesetzt, Proteste gegen Neonazis zu kriminalisieren. Die Gewerkschaft Verdi sprach von einer skandalösen Hausdurchsuchung.

Am Mittwoch hatten Beamte die Wohnung des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht. Ihm wird „aufwieglischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er im Februar an Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche in

Dresden teilnahm. König soll per Lautsprecher Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Pfarrer weist die Vorwürfe zurück.

**Thüringens Linke-Chef Bodo Ramelow: Als wenn wir in einer Bananenrepublik leben und Thüringen schon untergeordnete Stelle der sächsischen Regierung wäre.**

Das Thüringer Innenministerium hatte nach eigenen Angaben keine Kenntnis von der Razzia. Die Polizei in Jena war erst kurz zuvor inform-

miert worden.

Nach Angaben eines Sprechers im Erfurter Innenministerium hat es inzwischen eine Verständigung zwischen beiden Häusern gegeben. Demnach

wurde die Aktion der Sachsen nicht als Polizeieinsatz gewertet, sondern als Einsatz für die Justiz. Denn die Beamten hätten im Auftrag der Staatsanwaltschaft Dresden gehandelt. Das sächsische Justizministerium wollte den Vorgang mit Verweis auf das laufende Ermittlungsverfahren nicht kommentieren.

Der Chef der Linken im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, verlangte eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der „sächsischen Fehlleistungen“. „Als wenn wir in einer Bananenrepublik leben und Thüringen schon untergeordnete Stelle der sächsischen Regierung wäre“, sagte Ramelow. ▶ Seite 4

## Bund verteidigt Abfrage von Handy-Daten

DNN 12.8.11

Berlin/Dresden (dpa). Die Bundesregierung hält die umstrittene Abfrage von Handydaten zur Strafverfolgung gewalttätiger Demonstranten „im Einzelfall für gerechtfertigt, Vor der Anordnung müsse aber auch geprüft werden, „inwieweit dritte Personen von der Maßnahme betroffen sind“, teilte das Innenministerium in einer gestern vom Bundestag veröffentlichten Antwort auf eine Linke-Anfrage mit. Die Anfrage könne „im Einzelfall aus Verhältnismäßigkeitsgründen zeitlich oder örtlich weiter zu begrenzen sein. Sei dies nicht möglich oder seien Dritte in unangemessener Weise betroffen, müsse sie unterbleiben.

In Sachsen hatte die sogenannte Funkzellenabfrage, die bestimmte Teile von Handynetzen betrifft, eine Affäre ausgelöst. Anlass war die richterlich genehmigte Auswertung tausender Daten nach Ausschreitungen am Rande einer Anti-Neonazi-Demonstration am 19. Februar in Dresden. Bei der Anfrage gerieten auch Unbeteiligte ins Visier der Ermittler.

In der Zuständigkeit von Bundesbehörden habe es solche Maßnahmen in Dresden nicht gegeben, erklärte das Innenministerium weiter. Bei der Demonstration waren Bundespolizisten im Einsatz. Auch bei anderen Großveranstaltungen wie etwa Castor Atommülltransporten hätten die Sicherheitsbehörden des Bundes keine Funkzellenabfrage vorgenommen.

## Sachsens Ermittler im Fokus

### 12.8.11 Von Jörg Schurig, dpa (veröffentlicht bei SZ online/DNN online)

Dresden. (dpa) - Sachsen kommt nach den Gewaltexzessen am Rande der Neonazi-Aufmärsche im Februar nicht aus den Schlagzeilen. Als etwa 30 Dresdner Polizisten am Mittwoch die Dienstwohnung des abwesenden Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsuchten, ging zugleich eine neue Runde in den Ermittlungen los. Ein Kirchenmann stand bislang nicht im Visier der Staatsanwälte, die mit ihrer Arbeit auch viele brutale Attacken von Links- und Rechtsextremisten auf Polizisten aufklären sollen. König wird vorgeworfen, am 19. Februar aus seinem Kleinbus mit einem Lautsprecher Demonstranten zur Gewalt gegen Polizisten angestachelt zu haben. Er selbst weist das zurück.

Die Linken im Landtag von Sachsen finden den Vorwurf absurd. „Für mich wirkt die Durchsuchungsmaßnahme in Jena wie ein übles und nicht hinnehmbares Revanchefoul. Im Fußball sieht man dafür die Rote Karte“, sagte Linksfraktionschef André Hahn und meint damit Aussagen Königs in der vorigen Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“.

Weil die Staatsanwaltschaft Dresden gegen ihn wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung ermittelt hatte, sagte König dem Magazin: „Das sind SED-Methoden! Mein Glaube an den Rechtsstaat ist erschüttert.“ Der Vorwurf zur kriminellen Vereinigung ist zwar offenkundig vom Tisch. Dennoch wird gegen König weiterermittelt: wegen „aufwieglerischen Landfriedensbruchs“.

Nicht nur die Linken sehen die „Causa König“ als weiteres Glied in einer Kette von Ermittlungen, zu der robuste Polizeieinsätze, eine massenhafte Erhebung von Handydaten und angedrohte Klagen gegen Mandatsträger deutscher Länderparlamente gehören. Nachdem sich im Februar 2010 Tausende Menschen in Dresden den Neonazis in den Weg stellten, hatte die Staatsanwaltschaft gegen führende Politiker der Linken Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet.

Bis auf vier Verfahren sind alle eingestellt - das Quartett der angeblichen Rädelsführer besteht aus den Chefs der Linken in den Landtagen von Thüringen, Sachsen und Hessen: Bodo Ramelow, André Hahn und das hessische Gespann Janine Wissler und Willi van Ooyen.

Am 19. Februar dieses Jahres stürmte die Polizei die sächsische Parteizentrale der Linken und verwüstete ein Anwaltsbüro und Räume von Vereinen gleich mit. Der Durchsuchungsbefehl hatte eigentlich einer anderen Immobilie gegolten. Später wurde das mit einer Verwechslung der Hausnummer auf dem Behördenpapier begründet - aber eigentlich wollte man da hin, wo man sich mit einer Kettensäge bereits Zugang verschafft hatte.

Den vorläufigen Höhepunkt brachte dann im Juni die Handydaten-Affäre. Um Straftäter des 19. Februars zu finden, hatte die Polizei mit richterlicher Genehmigung Tausende Mobilfunkdaten ermittelt - Namen, Adresse und Geburtsdaten von mehr als 40 000 Handynutzern. „Inzwischen dürfte jeder einzelne Demonstrant der sächsischen Justiz bekannt sein“, sagt Hahn.

Bei all diesen Vorgeschichten überrascht es kaum, dass nun die Kritik von Parteien, Verbänden und Kirchenvertretern besonders harsch ausfällt. Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) schweigt zu den Vorgängen, verweist ans Justizministerium und nimmt nicht mal seine eigenen Polizisten in Schutz.

Nur die schwarz-gelbe Koalition im Freistaat verteidigt das Vorgehen: „Niemand steht in einem Rechtsstaat über oder außerhalb der Gesetze, auch ein Pfarrer nicht. Ich kann keine Rechtsverletzungen von Polizei und Justiz erkennen“, sagte der rechtspolitische Sprecher der FDP im Landtag, Carsten Biesok. CDU-Fraktionschef Steffen Flath findet es „unerträglich, wie mittlerweile polizeiliche Ermittlungsarbeit öffentlich diskreditiert wird“.

Flath hat jedenfalls „Grundvertrauen“ in die Arbeit von Polizei und Justiz. Der sächsische SPD-Chef Martin Dulig will da lieber kritisch bleiben. „Die bedenkliche Machtdemonstration der sächsischen Staatsregierung in unserem Nachbarland Thüringen ist ein weiterer Skandal in der Kette der Ungeheuerlichkeiten.“

Grünen-Fraktionschefin Antje Hermenau bringt es so auf den Punkt: „Wir Sachsen sollten uns fragen, ob die Demokratie bei uns noch in bester Ordnung ist.“ Ob es diesmal zu personellen Konsequenzen kommt, bleibt unklar. Im Fall der Handydaten hatte der Innenminister auch immer an das Justizressort verwiesen - dann entließ er seinen Dresdner Polizeichef.

## **Thüringer Minister kritisiert Razzia der sächsischen Polizei**

### **SZ 12.8.11**

Erfurt/Dresden. Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) hat sich irritiert über eine sächsische Polizei-Razzia beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König gezeigt. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand ist fraglich, ob die Thüringer Behörden in erforderlichem Maße eingebunden waren“, erklärte der Minister gestern in Erfurt.

Am Mittwoch hatten Beamte aus Sachsen die Wohnung des Jugendpfarrers König durchsucht. Ihm wird „aufwieglerischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er an Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden teilnahm. König bestreitet die Vorwürfe. (dpa)

## **Ein Pfarrer mitten im Leben**

### **SZ 12.8.12 von Karin Schlottmann**

Jenas Stadtjugendpfarrer Lothar König geht häufig auf linke Demos. Damit geriet er in das Visier der sächsischen Ermittler.

Lothar König wandert gerade mit einem Kollegen in den italienischen Alpen. Seit Mittwoch muss er seine Touren häufig unterbrechen, weil immer wieder das

Handy klingelt. An diesem Tag hatten Ermittler die Wohnung des Stadtjugendpfarrers in Jena durchsucht und seinen Transporter beschlagnahmt.

Die Vorwürfe gegen den Pfarrer klingen ungeheuerlich. Der 57-Jährige soll während der Ausschreitungen am 19. Februar am Rande einer Demonstration gegen Neonazis in Dresden von seinem Fahrzeug aus mithilfe einer Lautsprecheranlage gewaltbereite Jugendliche zu Angriffen auf Polizisten angestachelt haben. Die Landeskirche, der Jenaer Oberbürgermeister und viele Oppositionspolitiker haben sich mit ihm solidarisiert.

König ist seit 1990 Stadtjugendpfarrer in Jena. Er leitet dort die Junge Gemeinde und arbeitet wie ein Sozialarbeiter. Sieben Tage die Woche stehen die in der City gelegenen Räume für Jugendliche offen. Das gefällt nicht jedem, nicht nur, weil auch viele Punker unter den Besuchern sind. Die Stadtverwaltung habe erfolglos versucht, die Einrichtung in ein anderes Viertel zu verlegen, heißt es in Jena.

Der Jugendpfarrer mit dem Rauschebart hat sich schon immer politisch engagiert: Umweltschutz, Demokratie, Rechtsextremismus. Er sitzt für das bürgerliche Bündnis „Bürger für Jena“ im Stadtrat und organisiert im Sommer einen Kinderspielplatz.

König sagt, er nehme mit seinem „Lauti-Wagen“ regelmäßig an Demonstrationen in Gorleben, Heiligendamm, Jena oder Dresden teil. Er wolle Demonstranten unterstützen, nicht aber Blockierer. Der Vorwurf, er habe andere mit dem Ausruf „Deckt die Bullen mit Steinen ein“ aufgestachelt, sei falsch. „Ich benutze ganz selten das Wort ‚Bullen‘“, sagt er. Schließlich tue die Polizei nur ihre Arbeit. Er setze sich dafür ein, dass keine Feindbilder entstehen. Er habe auch keine Gewalttäter in seinem „Lauti“ vor dem Zugriff der Polizei versteckt. Allerdings hätten sich in dem Getümmel Demonstranten an die offenen Türen des Wagen gehängt, was nicht hätte passieren dürfen. „Der Lauti ist tabu.“

König sagt, am 19. Februar hätten die Behörden seiner Meinung nach viel zu wenig Beamte in Dresden eingesetzt. Das sei eine Ursache für das Chaos gewesen. „Das staatliche Gewaltmonopol war zeitweise außer Kraft gesetzt.“ Er glaubt, dass die Ermittlungen gegen Gewalttäter dazu dienen, Schuldige zu finden und die Verantwortung auf andere abzuwälzen.

## **Bundesregierung für Handydaten-Abfrage**

### **Bild Dresden 12.8.11**

Berlin/Dresden. Die Bundesregierung hält die in die Diskussion gekommene Abfrage von Handydaten zur Strafverfolgung gewalttätiger Demonstranten „im Einzelfall“ für gerechtfertigt. Das erklärte gestern das Bundesinnenministerium. Anlass ist die richterlich genehmigte Auswertung Tausender Handydaten nach brutalen Ausschreitungen einer Anti-Nazi-Demo am 19. Februar. Bei der Abfrage gerieten auch Unbeteiligte ins Visier der Ermittler.

## **Einzelfall Handy-Abfrage?**

**Morgenpost 12.8.11**

Berlin/Dresden. Die Bundesregierung hält die umstrittene Abfrage von Handydaten zur Strafverfolgung gewalttätiger Demonstranten „im Einzelfall“ für gerechtfertigt. Vor der Anordnung müsse aber auch geprüft werden, „inwieweit dritte Personen von der Maßnahme betroffen sind“, teilte das Bundesinnenministerium auf Linke-Anfrage mit. Seien Dritte in unangemessener Weise betroffen, müsse sie unterbleiben.

## **Thüringer Regierung fordert Aufklärung**

**Freie Presse 12.8.11**

Nach den Durchsuchungen der sächsischen Polizei bei einem evangelischen Jugend-Pfarrer am Mittwoch in Jena fordert die Thüringer Regierung Aufklärung über das Vorgehen der Behörden aus dem Nachbarland. Es sei fraglich, „ob die Thüringer Behörden im erforderlichen Maße eingebunden waren“, sagte Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) in Erfurt. Die Dresdner Staatsanwalt wirft dem Pfarrer aufwieglerischen Landfriedensbruch vor, nachdem er im Februar an Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden teilgenommen hatte. (dapd)

## **Weiter Kritik an Polizeieinsatz in Thüringen – Auch Landesbischöfin protestiert**

**DNN online 11.8.11**

Dresden/Erfurt. Sachsens Polizei steht wegen ihrer überraschenden Razzia in Thüringen weiter in der Schusslinie. Am Donnerstag verurteilten die Jungsozialisten beider Freistaaten den „Auslandseinsatz“ der sächsischen Beamten. Die Gewerkschaft Verdi sprach von einer skandalösen Hausdurchsuchung.

Auch die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Ilse Junkermann, hat gegen die Polizeirazzia beim Jenaer Jugendpfarrer Lothar König protestiert. Die Beschlagnahmung von Datenträgern, die seelsorgerische Belange betreffen könnten, sei skandalös, erklärte Junkermann am Donnerstag.

„Es ist zentral für die Arbeit unserer Pfarrer, dass sich Menschen ihnen anvertrauen können, ohne die staatliche Kenntnisnahme befürchten zu müssen.“ Am Mittwoch hatten Polizisten die Wohnung des bekannten Jugend Pfarrers durchsucht. Ihm wird „aufwieglerischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er an Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden teilnahm.

Dass die sächsischen Beamten bei der Razzia einen Computer und weitere dienstliche Unterlagen mitgenommen hätten, habe „den dringenden Verdacht, rechtswidrig zu sein“, erklärte Junkermann. „Wenn es möglich ist, so schnell das Seelsorge-Geheimnis zu gefährden, kann sich niemand mehr im seelsorgerischen Gespräch sicher sein.“

Pfarrer König soll per Lautsprecher Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Am Mittwoch hatten Polizisten die Wohnung des bekannten Pfarrers durchsucht. Ihm wird „aufwieglerischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er im Februar an Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden teilnahm. König wies die Vorwürfe zurück. Das Thüringer Innenministerium hatte nach eigenen Angaben keine Kenntnis von der Razzia. Das Ministerium in Dresden war am Donnerstag stundenlang für Nachfragen unerreikbaar.  
dpa

## **Pfarrer-Wohnung nach Dresdner Krawallen durchsucht Einsatz sächsischer Polizisten in Jena stößt auf heftige Kritik / Jenas OB gegen Kriminalisierung von Zivilcourage**

**DNN 11.8.11**

Dresden/Jena (DNN/dhr/rhlbüso/dpa/ epd). Nach den gewaltsamen Ausschreitungen bei einem Rechten-Aufmarsch in Dresden wird nun auch in Thüringen ermittelt. Eine Spur führt nach Jena —zum dortigen Stadtjugendpfarrer. Dieser ist sich keiner Straftat bewusst.

Monate nach den Ausschreitungen am Rande eines Neonazi-Aufmarsches in Dresden hat die Polizei gestern die Wohnung des bekannten Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht. Ihm werde aufwieglerischer Landfriedensbruch vorgeworfen, sagte der Dresdner Staatsanwalt Jan Hille. Lothar König wies die Vorwürfe zurück. Er habe in Dresden „gemacht“, was er bei solchen Demos immer mache: „Die Jugendlichen begleitet in der Hoffnung, schlimme Auseinandersetzungen oder gar tätliche Angriffe auf Personen zu verhindern“, sagte der 57-Jährige. Dies werde ihm nun als Beteiligung an der Eskalation ausgelegt.

Königs Tochter, die Thüringer Linke Landtagsabgeordnete Katharina König, hatte dem MDR

Thüringen gesagt, sächsische Beamte würden in der „Jungen Gemeinde Jena des Dienstzimmer ihres Vaters durchsuchen. Das Thüringer Innenministerium hatte nach eigenen Angaben keine Kenntnis von dem Einsatz der sächsischen Kollegen. Die hiesige Polizei sei weder an der Einsatzplanung noch an der Durchsuchung beteiligt gewesen, sagte ein Ministeriumssprecher.

Polizei und Staatsanwaltschaft in Dresden teilten mit, Ziel der Aktion sei gewesen, „Kommunikations- und Tatmittel“ sicherzustellen, die bei den Krawallen am 19. Februar in

Dresden genutzt worden sein könnten. Bei den Ausschreitungen waren damals mehr als 100 Polizisten verletzt worden. Die Staatsanwaltschaft Dresden wirft dem 56-jährigen Theologen vor,

er habe mit Lautsprecherdurchsagen „zu Gewalttätigkeiten gegen Personen und Sachen aufgewiegelt“. Es bestehe der Verdacht, dass eine gewaltbereite Menschenmenge dirigiert und aufgefordert wurde, gegen Einsatzkräfte der Polizei vorzugehen, hieß es in einer Mitteilung.

Schließlich habe König versucht, ein Einsatzfahrzeug der Polizei abzudrängen, und anderen Tatverdächtigen in seinem Fahrzeug Schutz vor Strafverfolgung gewährt. Bei den Durchsuchungen wurden der als Lautsprecherwagen genutzte Kleinbus der Jungen Gemeinde sowie Schriftgut und Datenträger beschlagnahmt.

Die evangelische Kirche sowie Landespolitiker aus Thüringen und Sachsen haben die Durchsuchungen heftig kritisiert. Am Nachmittag versammelten sich mehr als hundert Menschen in Jena zu einer Protestkundgebung. Zu den Rednern am Gebäude der Jungen Gemeinde

Stadtmitte, das während der Durchsuchung von etwa 30 Polizeibeamten komplett abgeriegelt worden war, gehörte auch Jenas Oberbürgermeister Albrecht Schröter (SPD). Er hatte sich bei den Protestaktionen in Dresden gemeinsam mit König um Deeskalation bemüht.

Die Linke-Fraktion im Dresdner Landtag kritisierte, durch den heimlichen Einsatz bewaffneter Polizisten in einem anderen Bundesland habe die sächsische Polizei ihre Kompetenzen deutlich überschritten. Die Fraktionsvorsitzende der Thüringer Grünen, Anja Siegesmund, kündigte an, der Polizeieinsatz werde „ein parlamentarisches Nachspiel haben – in beiden Ländern.“ Auch der SPD-Landtagsabgeordnete Peter Metz kritisierte „zweifelhafte Methoden der sächsischen Justiz und Polizei“, die sich nicht auf Thüringen ausweiten dürften.

„Ich will wissen, welche

Rolle die zuständigen Thüringer Behörden gespielt haben. Warum die sächsische Polizei in Thüringen wirkt“, forderte er.

Jenas OB Albrecht Schröter, der selbst an den Demonstrationen am 13. und 19. Februar 2011 in Dresden teilgenommen hatte, war von den unangekündigten Durchsuchungen der sächsischen Beamten sehr überrascht. „Als Oberbürgermeister dieser Stadt verwahre ich mich gegen eine Kriminalisierung von Zivilcourage. Meinem Eindruck nach setzte sich Pfarrer König bei allen Demonstrationen deeskalierend ein“, sagte er den DNN. Auch bei Jugendlichen, die sich übermotiviert engagiert hätten, habe er sich für gewaltlose Lösung ausgesprochen. „Ich habe nie erlebt, dass er zu Gewalt aufgerufen hat“, berichtet Schröter über den 56-Jährigen.

Jenas OB kennt Pfarrer König seit Jahren. „Bin 1997 war ich evangelischer Pfarrer. Wir waren Kollegen auf einem gemeinsamen Weg, sind gemeinsam zu allen möglichen Demonstrationen gegen Rechtsextreme gefahren.“ Schröter nannte die Durchsuchungen der Pfarrräume in Jena fragwürdig. Auf der anderen Seite könne er die Aktion der Polizei nachvollziehen. In Dresden seien Dinge passiert, die die Polizei nicht hinnehmen könne, schließlich seien bei den Demonstrationen auch Beamte verletzt worden. Schröter vermutet mit Blick auf den 13. Februar 2012 eine vorbeugende Taktik der Polizei, die Demonstranten eventuell einschüchtern soll.

## **NPD-Kundgebung in Leipzig: Gegendemonstranten streiten mit Ordnungsamt**

### **DNN online 11.8.11 von Alexander Laboda**

Leipzig. Das Aktionsnetzwerk „Leipzig nimmt Platz“ ringt wenige Tage vor der NPD-Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal am 20. August mit dem Ordnungsamt der Stadt über Verlauf und Position angemeldeter Gegendemonstrationen. „Die Fronten sind verhärtet. Bis dato gibt es kein Ergebnis, mit dem wir leben wollen“, sagte die Sprecherin des Netzwerks, Juliane Nagel.

Kooperationsgespräche mit Ordnungsamt und Polizei hätten am Dienstag und Mittwoch stattgefunden, aber lediglich für einzelne Gruppen des Bündnisses zu einem akzeptablen Kompromiss geführt. Derzeit warteten die NPD-Gegner auf ihre sogenannten Auflagenbescheide. „Wenn darin die von uns abgelehnten Alternativvorschläge der Stadt stehen, werden wir juristisch aktiv“, sagte Nagel gegenüber LVZ-Online. Ergebnis könne dann sein, dass sich das Verwaltungsgericht mit dem Fall befasse. „Wir beziehen uns auf das Bundesverfassungsgericht, dass das klare Recht festgelegt hat, Gegendemonstrationen in direkter Sicht- und Hörweite abhalten zu dürfen.“

### **Ordnungsamt: Etwaige Auseinandersetzungen sind nicht beherrschbar**

Dem Aktionsnetzwerk gehören die Linksjugend, die Leipziger Jungsozialisten (Jusos), die Grünen, die Gewerkschaft Ver.di sowie die Vereine Leipzig Courage Zeigen und Erich-Zeigner-Haus an. All diese Gruppen hatten bei der Stadt jeweils

einzelne Kundgebungen in direkter Nähe zur NPD Versammlungsort angemeldet. Der Verein Leipzig Courage will seine Kundgebung direkt gegenüber dem Vorplatz des Völkerschlachtdenkmals am Friedhofsweg Ecke Straße des 18. Oktober abhalten. Das Ordnungsamt hatte als alternativen Ort für die Veranstaltung – bei der zahlreiche Bands auftreten sollen – einen Platz in der Nähe der alten Messe vorgeschlagen. „Wir beharren auf dem Friedhofsweg und verstehen nicht, warum eine Gegenveranstaltung 100 Meter entfernt nicht durchführbar sein soll“, erklärte Nagel. Einzig mit Jusos und Grünen sollen sich Polizei und Ordnungsamt bislang abschließend über deren Versammlungen geeinigt haben.

Als Gründe für die Absage an den Verein Courage nannte das Ordnungsamt am Donnerstagabend auf LVZ-Anfrage, dass der angemeldete Versammlungsort unmittelbar an das Kundgebungsgelände der NPD grenze. Der nahe Wilhelm-Külz-Park sei zudem „unübersichtliches Gelände“, sodass die Situation bei etwaigen Auseinandersetzungen nicht beherrschbar wäre. Das Amt verwies auf Erfahrungswerte anlässlich früherer Courage-Konzerte. Schließlich müsse zudem der Straßenverkehr auf dem Friedhofsweg aufrecht erhalten werden.

### **Aktionsnetzwerk schreibt offenen Brief an Oberbürgermeister Jung**

Das Aktionsbündnis hofft nun auf Hilfe aus der Politik. In einem offenen Brief forderten die Gruppen Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) auf, seinen „ganzen politischen Einfluss geltend zu machen“, um die „friedlichen Aktionen“ an den angemeldeten Orten zu ermöglichen. In den vergangenen Jahren sei es stets gelungen, durch vielfältigen, kreativen und friedlichen Protest deutlich zu machen, dass in Leipzig „kein Platz für menschenverachtende und antidemokratische Einstellungen ist“. Das Ordnungsamt untersteht verwaltungsrechtlich allerdings Bürgermeister Heiko Rosenthal (Linke).

Bei der NPD-Kundgebung rechnen Beobachter mit mindestens 300 Teilnehmern. Weil auch zahlreiche als rechtsextrem geltende Bands und Musiker auftreten sollen, könne sich diese Zahl aber womöglich sogar verdoppeln. Erwartet wird beispielsweise der Liedermacher Frank Rennicke, die Band Skalinger sowie die Berliner Rockgruppe Marci und Kapelle. Zu den angekündigten Rednern zählt der sächsische NPD-Landeschef Holger Apfel und weitere Funktionäre der Partei. Den Organisatoren der Kundgebung sollen inzwischen von Stadtseite Auflagen gestellt worden sein. Wie diese konkret aussehen, war am Donnerstag vom Ordnungsamt nicht zu erfahren.

### **Leipziger befürchten Krawalle**

Auf der Gegenseite formierte sich in den vergangenen Wochen massiver Protest. Nach letztem Stand sind sieben Gegenkundgebungen angemeldet. Neben dem „Netzwerk Leipzig nimmt Platz“ will unter anderem ein Bündnis verschiedener Antifa-Gruppen demonstrieren. Die von diesem Bündnis angemeldete Route sollte ursprünglich sogar zweimal direkt über genau den Platz führen, an dem sich die NPD-Mitglieder und -Sympathisanten versammeln. Dem Vernehmen nach sollen sich auch die Antifaschisten in den Kooperationsgesprächen bislang nicht auf eine andere Route geeinigt haben.

Viele Leipziger befürchten derweil Krawalle am Tag der Kundgebung.

Unvergessen sind die Ausschreitungen von 1998, als sich die NPD letztmalig am Völkerschlachtdenkmal versammelte. Linke und Rechte lieferten sich damals massive Straßenschlachten. Dutzende Personen wurden schwer verletzt, etliche Sachschäden angerichtet.

## **Weiter Kritik an Polizeieinsatz in Thüringen**

**SZ online 11.8.11**

Rambo-Manier oder normaler Polizeieinsatz? Eine Razzia sächsischer Polizisten in Thüringen sorgt weiter für Wirbel. Sachsen sieht sich dem Vorwurf ausgesetzt, Proteste gegen Neonazis zu kriminalisieren.

Dresden/Erfurt. Sachsens Polizei steht wegen ihrer überraschenden Razzia bei einem Pfarrer in Thüringen weiter in der Schusslinie. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) äußerte sich am Donnerstag bestürzt und sah das Selbstbestimmungsrecht der Kirche verletzt. Die Jungsozialisten beider Freistaaten kritisierten den „Auslandseinsatz“ der sächsischen Polizisten. Die Gewerkschaft Verdi sprach von einer skandalösen Hausdurchsuchung. Für den Thüringer SPD-Landeschef Christoph Matschie und Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) wirft der Vorfall wichtige Fragen auf.

Am Mittwoch hatten Beamte die Wohnung des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht. Ihm wird „aufwieglerischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er am 19. Februar an Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden teilnahm. König soll per Lautsprecher Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Pfarrer weist die Vorwürfe zurück.

### **Thüringer Innenministerium ahnungslos**

Das Thüringer Innenministerium hatte nach eigenen Angaben keine Kenntnis von der Razzia. Die Polizei in Jena war erst kurz zuvor informiert worden. Nach Angaben eines Sprechers im Erfurter Innenministerium hat es inzwischen eine Verständigung zwischen beiden Häusern gegeben. Demnach wurde die Aktion der Sachsen nicht als Polizeieinsatz gewertet, sondern als Einsatz für die Justiz. „Der Innenminister ist nicht zuständig für Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft und äußert sich dazu auch nicht“, teilte am Nachmittag ein Sprecher des sächsischen Innenministeriums mit.

Das Justizressort in Dresden wollte den Vorgang mit Verweis auf das laufende Ermittlungsverfahren nicht kommentieren. Poppenhäger erklärte aber: „Nach gegenwärtigem Kenntnisstand ist fraglich, ob die Thüringer Behörden in erforderlichem Maße eingebunden waren.“ Rechtlich müssten sie bei einem sächsischen Polizeieinsatz auf Thüringer Boden zumindest informiert und eingebrachte Einwände berücksichtigt werden. Es stelle sich außerdem die Frage, warum es kein Amthilfeersuchen gegeben habe.

Klaus Bartl, Rechtsexperte der Linken im sächsischen Landtag, zeigte sich verwundert, dass der Fall König mit solch schwerwiegenden Vorwürfen erst jetzt eine Rolle spielt. Bei bisherigen Anfragen zu Ermittlungen im Zusammenhang mit

dem 19. Februar sei er nie genannt worden. König hatte schon am Mittwoch eine gezielten Aktion vermutet. Er habe sich in der vergangenen Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ kritisch zur Polizeiarbeit in Sachsen geäußert und sei wohl dadurch ins Visier der Ermittler geraten, sagte er.

### **Abkommen über "erweiterte Zuständigkeit"**

Grundsätzlich sind Einsätze der Polizei in anderen Bundesländern möglich und auch Praxis. Denn es gibt ein „Abkommen über die erweiterte Zuständigkeit der Polizei der Länder bei der Strafverfolgung“. Demnach besitzen Polizisten bei Einsätzen in einem anderen Bundesland die gleichen Befugnisse wie die dortigen Beamten. Allerdings sollen Amtshandlungen außer bei Gefahr im Verzug nur „im Benehmen mit der zuständigen Polizeidienststelle“ erfolgen.

„Wenn sächsische Polizeieinheiten in anderen Bundesländern wüten und ihren zweifelhaften Stil so weitertragen, ist das mehr als bedenklich“, meinte die Thüringer Juso-Chefin Diana Lehmann. „Nach Handyüberwachung, Zugangsbeschränkungen und Diskriminierung friedlicher Demonstranten am 19. Februar in Dresden stellt dieser Polizeieinsatz einen weiteren schweren Angriff auf die Grundrechte von Bürgern dar, die sich gegen neonazistische Ideologien stellen“, sagte Verdi-Bezirksleiter Thomas Voß.

Matschie forderte die sächsische Regierung auf, zum Vorgehen der Polizei und Staatsanwaltschaft Stellung zu nehmen. „Wir müssen alle ein Interesse daran haben, dass zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus nicht kriminalisiert wird.“ Der Chef der Linken im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, verlangte eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der „sächsischen Fehlleistungen“.

### **Landesbischöfin "bestürzt"**

Die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), Ilse Junkermann, äußerte sich „bestürzt“ über das Vorgehen der Polizei. „Die Durchsuchung des Dienstzimmers von Stadtjugendpfarrer König und die Beschlagnahmung von Datenträgern, die dienstliche und damit auch seelsorgerliche Belange betreffen können, ist skandalös.“ Es sei zentral für die Arbeit der Pfarrer, dass Gläubige und andere Menschen sich ihnen anvertrauen können, „ohne die staatliche Kenntnisnahme befürchten zu müssen“.

Dresden war am 19. Februar Schauplatz von Gewaltexzessen am Rande von Neonazi-Aufmärschen. Mehr als 100 Polizisten wurden verletzt. Auf Seiten der Gegendemonstranten sollen 150 Menschen betroffen gewesen sein. Auch Politiker der Linken, Grünen und SPD hatten an friedlichen Blockaden der Neonazi-Aufzüge teilgenommen. Gewaltbereite Links- und Rechtsextremisten griffen Polizisten an, einige Straßen glichen zeitweilig Schlachtfeldern. (dpa)

### **Nach Krawallen Ermittlungen gegen Pfarrer**

**SZ 11.8.11** Von Karin Schlottmann

Das Fahrzeug eines bekannten Jugendpfarrers aus Jena soll am 19. Februar als Kommandozentrale genutzt worden sein.

Die Staatsanwaltschaft weitet ihre Ermittlungen nach den gewalttätigen Ausschreitungen am 19. Februar in Dresden aus. Gestern Morgen durchsuchte die Sonderkommission der Dresdner Polizei in Jena die Wohnräume des Thüringer Jugendpfarrers Lothar König. Von dem Kleintransporter des 56-Jährigen soll während der Demonstrationen mit Lautsprecherdurchsagen zu Gewalt gegen Polizisten aufgerufen worden sein. Ob König selbst oder andere die Aufwiegler waren, ließ die Staatsanwaltschaft offen. Sie ermittelt wegen besonders schweren Landfriedensbruchs gegen ihn.

König bestreitet die Vorwürfe. Er habe in Dresden „gemacht, was wir bei solchen Demos immer machen: Die Jugendlichen begleitet in der Hoffnung, schlimme Auseinandersetzungen oder gar tätliche Angriffe auf Personen zu verhindern“.

Polizei und Staatsanwaltschaft beschlagnahmten gestern in Jena sein Fahrzeug sowie Schriftstücke und CDs. Die Anklagebehörde wirft König vor, dass von seinem Fahrzeug aus mit Lautsprecherdurchsagen eine gewaltbereite Menschenmenge dirigiert und aufgefordert wurde, gegen Polizisten vorzugehen und Sperrketten zu durchbrechen.

### **Aufgehetzte Menschenmenge**

Aus dieser Menschenmenge heraus seien Fahnenstangen, Glasflaschen und Steine auf Beamte geworfen worden. Über die Lautsprecheranlage im Fahrzeug des Pfarrers habe jemand den etwa 1000 Menschen zugerufen „Deckt die Bullen mit Steinen ein!“ Daraufhin seien Steine auf Polizeiautos geworfen worden, sagte Justizsprecher Jan Hille. Der Jugendpfarrer soll zudem versucht haben, mit seinem Transporter einen Polizeieinsatzwagen abzudrängen und andere gewalttätige Jugendliche im Fahrzeug vor der Polizei versteckt zu haben.

Bei den gewalttätigen Ausschreitungen am 19. Februar zwischen Links- und Rechtsextremisten sind über 100 Beamte zumeist durch Stein- und Flaschenwürfe verletzt worden. Eine Sonderkommission ermittelt wegen Landfriedensbruchs, Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Widerstandsdelikten, Verstößen gegen das Waffen- und Sprengstoffgesetz sowie wegen der Blockade des Neonazi-Aufmarsches. Die Opposition kritisierte die Durchsuchung in Jena als überzogen. (mit dpa)

## **Kirche kritisiert sächsische Polizeiaktion gegen Pfarrer**

### **MDR online 11.8.11**

Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland hat die Razzia der sächsischen Polizei bei dem Jenaer Jugendpfarrer Lothar König scharf kritisiert. Bischöfin Ilse Junkermann erklärte am Donnerstag, die von der Dresdner Staatsanwaltschaft initiierte Aktion vom Mittwoch sei skandalös. Mit der Durchsuchung der Räume und der Beschlagnahme von Datenträgern aus dem Besitz des Pfarrers werde das Seelsorge-Geheimnis gefährdet. Junkermann deutete an, dass die Kirche das

Vorgehen der Polizei und Staatsanwaltschaft aus Sachsen für rechtswidrig hält. Die Präsidentin des Landeskirchenamtes der EKM, Brigitte Andrae, sprach von einem gravierenden Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Kirche.

Ermittlungen im Zusammenhang mit Anti-Nazi-Demo in Dresden

Am Mittwochabend protestierten mehrere Hundert Menschen in Jena gegen die Polizeiaktion.

Am Mittwochmorgen hatten sächsische Polizisten in Jena die Räume des Pfarrers durchsucht und unter anderem Computer und CDs beschlagnahmt. Außerdem nahmen sie einen Lautsprecherwagen der Jungen Gemeinde Jena mit. Nach Angaben der Dresdner Staatsanwaltschaft stand die Aktion im Zusammenhang mit Ermittlungen gegen König wegen des Verdachts des aufwieglerischen Landfriedensbruchs. König soll am 19. Februar in Dresden Teilnehmer von Protestaktionen gegen einen Nazi-Aufmarsch in der Stadt zu Straftaten animiert haben. König weist diese Vorwürfe zurück.

Junkermann erklärte weiter, es sei "zentral für die Arbeit unserer Pfarrer, dass sich ihnen Gläubige und auch andere Menschen anvertrauen können, ohne die staatliche Kenntnisnahme befürchten zu müssen". Dieses Interesse sei verfassungsrechtlich geschützt. Andrae kritisierte, dass kirchliche Räume ohne Vorinformation des Dienstherrn durchsucht worden seien und dass während der Aktion Vertretern der Kirche der Zugang zu den Räumen des Pfarrers verwehrt worden sei. Es stehe aber auch "außer Frage, dass die Polizei ihrer Ermittlungspflicht nachzukommen hat".

Justizminister Poppenhäger zeigt sich irritiert

Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) äußerte am Donnerstag Bedenken gegen das Vorgehen der sächsischen Polizei. Es sei fraglich, ob die Thüringer Behörden im erforderlichen Maße eingebunden waren, sagte er. Die Jenaer Polizei hätte so rechtzeitig informiert werden müssen, "dass sie ihre Einwände vorbringen und diese berücksichtigt werden können". Die örtliche Polizeidirektion hatte nach eigenen Angaben erst nach Beginn der Razzia von der Polizeiaktion erfahren. Poppenhäger wunderte sich zudem, warum die sächsische Polizei kein Amtshilfeersuchen gestellt hat. Er forderte die Behörden in Dresden auf, "schnellstmöglich und umfassend" für eine Aufklärung zu sorgen.

Ein Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden rechtfertigte das Vorgehen seiner Behörde am Donnerstag mit dem Gerichtsverfassungsgesetz. Auf dessen Grundlage könne man im gesamten Bundesgebiet tätig werden. Eine Einbeziehung anderer Behörden sei in diesem Fall nicht notwendig gewesen. Die Polizei in Jena und die Staatsanwaltschaft Gera seien über die Durchsuchung informiert worden.

### **Ramelow will Untersuchungskommission**

Kritik an der sächsischen Polizeiaktion, die ohne Wissen des Thüringer Innenministeriums vonstatten ging, kam am Donnerstag auch aus Parteien und Gewerkschaften. Der Chef der Thüringer Linke-Landtagsfraktion, Bodo Ramelow, will das Handeln der sächsischen Justiz von einer unabhängigen Kommission untersuchen lassen. Diese müsse alle Fehlleistungen der sächsischen Behörden im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Naziaufmärsche im Februar 2010 und 2011 in Dresden nachgehen, sagte Ramelow. In das Gremium

sollten anerkannte Experten auf dem Gebiet des Datenschutzes und der Bürgerrechte berufen werden. Ramelow verwies auf die Erfassung der Telefondaten von Tausenden Menschen, die sich an Gegendemonstrationen zu den Nazi-Aufmärschen beteiligt hatten. Die Durchsuchung bei König bezeichnete Ramelow als Versuch, Demonstranten einzuschüchtern.

Auch die Landesverbände der SPD-Jugendorganisation "Jusos" von Sachsen und Thüringen verurteilten am Donnerstag den "Auslandseinsatz" der sächsischen Polizei. Die Gewerkschaft ver.di sprach von einer skandalösen Hausdurchsuchung. Der Bezirksleiter für Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt, Thomas Voß, sagte, es sei "ein kaum zu übertreffender Willkürakt der sächsischen Beamten", dass die Razzia ohne das Wissen der Thüringer Behörden erfolgt sei.

## **Sachsens Polizei ermittelt gegen Pfarrer aus Jena**

**Freie Presse 11.8.11 von Udo Lindner**

Lothar König soll am Rande eines Neonazi-Aufmarsches in Dresden zu Gewaltaktionen gegen die Polizei aufgerufen haben. Er weist das zurück.

Jena/Dresden. Die Ausschreitungen am Rande eines Neonazi-Aufmarsches am 19. Februar in Dresden haben gestern Morgen in Jena zu einer umstrittenen Polizeiaktion geführt. Eine Sonderkommission der sächsischen Polizei durchsuchte in den Morgenstunden die Wohnräume des Jugendpfarrers von Jena, Lothar König. Die Ermittler werfen dem Pfarrer vor, bei der Großdemonstration Teilnehmer zu Gewalt gegen Polizisten aufgewiegelt zu haben. Das Thüringer Innenministerium war offenbar erst unmittelbar vor dem Einsatz informiert worden.

Nach Aussage von Jan Hille, Pressesprecher der Staatsanwaltschaft Dresden, bestehe der besondere Verdacht, dass während der Demonstration in Dresden aus dem Auto des Pfarrers zu einer Menge von rund 1000 Personen „Deckt die Bullen mit Steinen ein!“ gerufen wurde. Darauf hin seien mehrere Polizeifahrzeuge mit Steinen beworfen worden. Dies begründe den Verdacht des schweren aufwieglerischen Landfriedensbruchs. Darüber hinaus sei der Beschuldigte verdächtig, mit seinem Auto, ein Einsatzfahrzeug der Polizei abgedrängt zu haben. Mit der Durchsuchung wollten die Ermittler Kommunikations- und Tatmittel sicherstellen, die bei den Ausschreitungen genutzt worden seien.

Bei den Auseinandersetzungen waren im Februar mehr als 100 Polizisten verletzt worden. Die

Staatsanwaltschaft kündigte gestern an, Anklage zu erheben. Dem Pfarrer droht im Falle einer Verurteilung eine Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten. König reagierte mit

Unverständnis auf die Vorwürfe. Er habe durch die Anmeldung einer Spontandemonstration während der Proteste gegen den Neonazi-Aufmarsch zur Deeskalation beigetragen. Dies werde ihm nun aber als Beteiligung zur Eskalation ausgelegt.

Kritik an der Razzia der sächsischen Polizei hat die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland geübt „Wir halten das Vorgehen der Dresdner Polizei für unangemessen“, sagte der stellvertretende Landesbischof Hans Mikosch. Auch Politiker kritisierten die Durchsuchungen. „Ich habe den Eindruck, dass man den Protest gegen Neonazis kriminalisieren will“, sagte der Jenaer Linke Bundestagsabgeordnete Ralph Lenkert. Der rechtspolitische Sprecher der Bündnisgrünen im sächsischen Landtag. Johannes Lichdi erwartet zudem im Rechts- und Innenausschuss des sächsischen Landtags umfassende Erklärungen von den zuständigen Ministern.

Am Abend protestierten in Jena mehrere hundert Demonstranten gegen die Durchsuchungen der sächsischen Polizei. (mit dapd)

### **Länderübergreifende Einsätze**

Polizeiarbeit ist in Deutschland Ländersache. Das heißt, jedes Bundesland hat eine „eigene“ Polizei, die nur ihrem Territorium tätig wird. Im Alltag kommt es aber häufig vor, dass sich ein Beschuldigter zeitweise in einem anderen Bundesland aufhält oder dort seinen Hauptwohnsitz hat. Deshalb bestimmen die Polizeigesetze der Länder, dass Beamte auch in einem anderen Bundesland tätig werden dürfen. Jede Staatsanwaltschaft ist auch befugt, Durchsuchungsbeschlüsse in anderen Bundesländern zu erwirken. Grundlage der länderübergreifenden Einsatzmöglichkeiten ist, dass die Strafprozessordnung bundesweit gilt und nicht an den Grenzen der jeweiligen Bundesländer endet. (dapd)

### **Thüringen verlangt Aufklärung über sächsische Razzia in Jena Justizminister Poppenhäger irritiert über Alleingang - Staatsanwalt weist Kritik zurück**

#### **Freie Presse online 11.8.11**

Dresden/Erfurt (dapd-lsc). Nach den Durchsuchungen der sächsischen Polizei bei einem Pfarrer in Jena fordert die Thüringer Regierung Aufklärung über das Vorgehen der Behörden aus dem Nachbarland. Es sei fraglich, "ob die Thüringer Behörden im erforderlichen Maße eingebunden waren", sagte Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) am Donnerstag in Erfurt. Er forderte die sächsischen Behörden auf, "schnellstmöglich und umfassend" für Klarheit zu sorgen. Auch Vize-Regierungschef Christoph Matschie (SPD) rief die sächsische Landesregierung zur Stellungnahme auf. Die Dresdner Staatsanwaltschaft wies die Kritik zurück.

Es bestehe nach wie vor "ein großes Informationsdefizit", sagte Poppenhäger. Die Jenaer Polizei hätte so rechtzeitig informiert werden müssen, dass sie ihre Einwände hätte vorbringen und diese hätten berücksichtigt werden können. Die örtliche Polizeidirektion hatte nach eigenen Angaben erst nach Beginn der Razzia von der Aktion erfahren. Zudem stelle sich die Frage, warum die sächsischen Ermittler kein Amtshilfeersuchen an die Thüringer Behörden gestellt hätten, sagte Poppenhäger.

Auch Matschie bemängelte die fehlende Absprache. Zugleich warnte er davor, das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rechtsextremismus zu kriminalisieren.

Dresdner Staatsanwaltschaft weist Vorwürfe zurück

Ein Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft wies die Vorwürfe entschieden zurück. Die Behörde könne auf Grundlage des Gerichtsverfassungsgesetzes im gesamten Bundesgebiet tätig werden, sagte er. Eine Einbeziehung anderer Behörden sei in diesem Fall nicht notwendig gewesen. Dennoch seien die Polizei in Jena sowie die Staatsanwaltschaft Gera über die Razzia informiert worden.

Die Anklagebehörde hatte am Mittwoch die Wohnräume des Jugendpfarrers Lothar König durchsuchen lassen. Dieser soll bei einer Demonstration gegen einen Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden von einem inzwischen sichergestellten Fahrzeug aus zur Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Pfarrer bestreitet die Vorwürfe.

### **Ramelow beklagt Einschüchterungsversuch**

Thüringens Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow bewertete die Durchsuchung als eine weitere Fehlleistung der sächsischen Behörden im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Neonazi-Aufmärsche im Februar 2010 und 2011 in Dresden. Er verwies auf die Erfassung von mehr als einer Million Handydaten am Rande der diesjährigen Demonstration sowie Ermittlungen gegen Linke-Abgeordnete aus Thüringen, Sachsen und Hessen. Die Durchsuchung bei dem Jenaer Jugendpfarrer bezeichnete er als Versuch, Demonstranten einzuschüchtern.

Auch die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) erneuerte ihre Kritik. "Die Durchsuchung des Dienstzimmers von Stadtjugendpfarrer König und die Beschlagnahmung von Datenträgern, die dienstliche und damit auch seelsorgerliche Belange betreffen können, ist skandalös", sagte Landesbischöfin Ilse Junkermann. "Kirchliche Räume wurden ohne Vorinformation oder wenigstens Information des Dienstherrn durchsucht". Es sei nicht zu erkennen, dass unmittelbare Gefahr in Verzug bestand, fügte Junkermann hinzu.

Kritik am Polizeieinsatz kam auch von Gewerkschaftsseite. Es sei ein "kaum zu übertreffender Willkürakt der sächsischen Beamten", dass die Razzia ohne das Wissen der Thüringer Behörden erfolgt sei, sagte der Ver.di-Landesbezirksleiter für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Thomas Voß.

Die Innenministerien beider Länder sehen indes offenbar keinen weiteren Klärungsbedarf. Minister Jörg Geibert habe sich mit seinem sächsischen Kollegen Markus Ulbig (beide CDU) über die Durchsuchung unterhalten, sagte ein Sprecher des Thüringer Innenministeriums. Beide seien sich einig, dass der Einsatz Sache der Justiz sei.

dapd

### **Streit über sächsische Durchsuchungen in Jena**

**Ramelow fordert unabhängige Kommission - Staatsanwaltschaft weist Kritik zurück**

Freie Presse online 11.8.11

Dresden/Erfurt (dapd-lsc). Die Durchsuchungen der sächsischen Polizei bei einem Pfarrer in Jena sorgen weiterhin für Streit. Während Politiker und Gewerkschaftsseite am Donnerstag bemängelten, dass das thüringische Innenministerium von der Razzia vorab nicht informiert worden sei, wies die Dresdner Staatsanwaltschaft die Kritik zurück. Auf Grundlage des Gerichtsverfassungsgesetzes habe die Behörde korrekt gehandelt, sagte ein Sprecher auf dapd-Anfrage.

Thüringens Linke-Fraktionschef Bodo Ramelow forderte die Einsetzung einer unabhängigen Kommission. Diese müsse allen Fehlleistungen der sächsischen Behörden im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Neonazi-Aufmärsche im Februar 2010 und 2011 in Dresden nachgehen, sagte Ramelow in Erfurt.

### **ver.di sieht "Willkürakt" sächsischer Beamter**

In das Gremium sollten anerkannte Experten auf dem Gebiet des Datenschutzes und der Bürgerrechte berufen werden. Ramelow verwies auf die Erfassung von mehr als einer Million Handydaten am Rande der diesjährigen Demonstration. Die Durchsuchung bei dem Jenaer Jugendpfarrer am Mittwoch bezeichnete er als einen Versuch, Demonstranten einzuschüchtern.

Kritik am Polizeieinsatz kam auch von Gewerkschaftsseite. Es sei ein "kaum zu übertreffender Willkürakt der sächsischen Beamten", dass die Razzia ohne das Wissen der Thüringer Behörden erfolgt sei, sagte der ver.di-Landesbezirksleiter für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, Thomas Voß, in Leipzig.

Thüringens Jusos forderten die Behörden auf, den Vorgang in Jena kritisch zu durchleuchten. Wenn sächsische Polizeieinheiten in anderen Bundesländern agierten, sei dies "mehr als bedenklich", sagte die Juso-Vorsitzende Diana Lehmann. Thüringen dürfe sich dieses Vorgehen nicht bieten lassen.

### **Staatsanwaltschaft weist Kritik zurück**

Ein Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft wies die Vorwürfe entschieden zurück. Die Behörde könne auf Grundlage des Gerichtsverfassungsgesetzes im gesamten Bundesgebiet tätig werden, sagte er. Eine Einbeziehung anderer Behörden sei in diesem Fall nicht notwendig gewesen. Dennoch sei die Polizei in Jena sowie die Staatsanwaltschaft Gera von der Durchsuchung informiert worden.

Die Dresdner Staatsanwaltschaft hatte am Mittwoch die Wohnräume des Jugendpfarrers Lothar König durchsuchen lassen. Dieser soll bei einer Demonstration gegen einen Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar in Dresden von einem inzwischen sichergestellten Fahrzeug aus zur Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Pfarrer bestreitet die Vorwürfe.

dapd

## **Landesbischöfin kritisiert Razzia durch sächsische Polizei bei Pfarrer in Thüringen**

LVZ online 11.8.11

Dresden/Erfurt. Sachsens Polizei steht wegen ihrer überraschenden Razzia bei einem Pfarrer in Thüringen weiter in der Schusslinie. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) äußerte sich am Donnerstag bestürzt und sah das Selbstbestimmungsrecht der Kirche verletzt. Die Jungsozialisten beider Freistaaten kritisierten den „Auslandseinsatz“ der sächsischen Polizisten. Die Gewerkschaft Verdi sprach von einer skandalösen Hausdurchsuchung. Für den Thüringer SPD-Landeschef Christoph Matschie und Thüringens Justizminister Holger Poppenhäger (SPD) wirft der Vorfall wichtige Fragen auf.

Am Mittwoch hatten Beamte die Wohnung des Jenaer Jugendpfarrers Lothar König durchsucht. Ihm wird „aufwieglerischer Landfriedensbruch“ vorgeworfen, nachdem er am 19. Februar an Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche in Dresden teilnahm. König soll per Lautsprecher Demonstranten zu Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Pfarrer weist die Vorwürfe zurück.

Das Thüringer Innenministerium hatte nach eigenen Angaben keine Kenntnis von der Razzia. Die Polizei in Jena war erst kurz zuvor informiert worden. Nach Angaben eines Sprechers im Erfurter Innenministerium hat es inzwischen eine Verständigung zwischen beiden Häusern gegeben. Demnach wurde die Aktion der Sachsen nicht als Polizeieinsatz gewertet, sondern als Einsatz für die Justiz. „Der Innenminister ist nicht zuständig für Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft und äußert sich dazu auch nicht“, teilte am Nachmittag ein Sprecher des sächsischen Innenministeriums mit.

Das Justizressort in Dresden wollte den Vorgang mit Verweis auf das laufende Ermittlungsverfahren nicht kommentieren. Poppenhäger erklärte aber: „Nach gegenwärtigem Kenntnisstand ist fraglich, ob die Thüringer Behörden in erforderlichem Maße eingebunden waren.“ Rechtlich müssten sie bei einem sächsischen Polizeieinsatz auf Thüringer Boden zumindest informiert und eingebrachte Einwände berücksichtigt werden. Es stelle sich außerdem die Frage, warum es kein Amtshilfeersuchen gegeben habe.

Klaus Bartl, Rechtsexperte der Linken im sächsischen Landtag, zeigte sich verwundert, dass der Fall König mit solch schwerwiegenden Vorwürfen erst jetzt eine Rolle spielt. Bei bisherigen Anfragen zu Ermittlungen im Zusammenhang mit dem 19. Februar sei er nie genannt worden. König hatte schon am Mittwoch eine gezielten Aktion vermutet. Er habe sich in der vergangenen Ausgabe des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ kritisch zur Polizeiarbeit in Sachsen geäußert und sei wohl dadurch ins Visier der Ermittler geraten, sagte er.

Grundsätzlich sind Einsätze der Polizei in anderen Bundesländern möglich und auch Praxis. Denn es gibt ein „Abkommen über die erweiterte Zuständigkeit der Polizei der Länder bei der Strafverfolgung“. Demnach besitzen Polizisten bei Einsätzen in einem anderen Bundesland die gleichen Befugnisse wie die dortigen Beamten. Allerdings sollen Amtshandlungen außer bei Gefahr im Verzug nur „im Benehmen mit der zuständigen Polizeidienststelle“ erfolgen.

„Wenn sächsische Polizeieinheiten in anderen Bundesländern wüten und ihren zweifelhaften Stil so weitertragen, ist das mehr als bedenklich“, meinte die Thüringer Juso-Chefin Diana Lehmann. „Nach Handyüberwachung, Zugangsbeschränkungen und Diskriminierung friedlicher Demonstranten am 19.

Februar in Dresden stellt dieser Polizeieinsatz einen weiteren schweren Angriff auf die Grundrechte von Bürgern dar, die sich gegen neonazistische Ideologien stellen“, sagte Verdi-Bezirksleiter Thomas Voß.

Matschie forderte die sächsische Regierung auf, zum Vorgehen der Polizei und Staatsanwaltschaft Stellung zu nehmen. „Wir müssen alle ein Interesse daran haben, dass zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus nicht kriminalisiert wird.“ Der Chef der Linken im Thüringer Landtag, Bodo Ramelow, verlangte eine unabhängige Kommission zur Untersuchung der „sächsischen Fehlleistungen“.

Die Landesbischöfin der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland (EKM), Ilse Junkermann, äußerte sich „bestürzt“ über das Vorgehen der Polizei. „Die Durchsuchung des Dienstzimmers von Stadtjugendpfarrer König und die Beschlagnahmung von Datenträgern, die dienstliche und damit auch seelsorgerliche Belange betreffen können, ist skandalös.“ Es sei zentral für die Arbeit der Pfarrer, dass Gläubige und andere Menschen sich ihnen anvertrauen können, „ohne die staatliche Kenntnisnahme befürchten zu müssen“.

Dresden war am 19. Februar Schauplatz von Gewaltexzessen am Rande von Neonazi-Aufmärschen. Mehr als 100 Polizisten wurden verletzt. Auf Seiten der Gegendemonstranten sollen 150 Menschen betroffen gewesen sein. Auch Politiker der Linken, Grünen und SPD hatten an friedlichen Blockaden der Neonazi-Aufzüge teilgenommen. Gewaltbereite Links- und Rechtsextremisten griffen Polizisten an, einige Straßen glichen zeitweilig Schlachtfeldern.

## **Polizei durchsucht Pfarrwohnung**

### **Lausitzer Rundschau online 11.8.11**

Ein Pfarrer aus Jena ist bei den Ermittlungen zu Krawallen bei einer Anti-Nazi-Demo in Dresden ins Visier der Behörden geraten: Die Staatsanwaltschaft ließ am Mittwoch dessen Wohnräume durchsuchen. Kirche und Parteien kritisieren das Vorgehen scharf.

Die Dresdner Staatsanwaltschaft will den 56-jährigen Pfarrer Lothar König anklagen. König soll im Februar von einem Fahrzeug aus zur Gewalt gegen Polizisten angestachelt haben. Der Sprecher der Staatsanwaltschaft Dresden, Jan Hille, sagte, der Verdacht gründe sich auf Videoaufnahmen der Polizei von der Demonstration und auf Unterlagen.

Dem Pfarrer droht nach seinen Angaben eine Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten. Ihm werden schwerer aufwieglicher Landfriedensbruch, versuchte Strafvereitelung und Nötigung vorgeworfen. Bei der Demonstration von rund 17 000 Menschen gegen einen Neonazi-Aufmarsch soll König aus einem Kleintransporter über Lautsprecher zu Gewalttaten aufgefordert haben. So sei einer Menge von 1000 Personen zugerufen worden: „Deckt die Bullen mit Steinen ein!“ Daraufhin hätten die Leute Steine auf Polizeifahrzeuge geworfen. Der Pfarrer soll außerdem versucht haben, ein Fahrzeug der Polizei abzudrängen. Zudem habe er Verdächtige, von Polizisten auf frischer Tat verfolgt, „durch Aufnahme in seinem Fahrzeug der Strafverfolgung entzogen“.

Bei der richterlich angeordneten Durchsuchung der Wohnräume war Lothar

König nicht anwesend, er ist im Urlaub und ließ sich durch einen Rechtsanwalt vertreten. Sichert gestellt wurden das Fahrzeug, die Lautsprecheranlage, „Schriftgut“ und Datenträger.

Der Jugendpfarrer widersprach den Vorwürfen. Er habe während der Proteste zur Deeskalation beigetragen, sagte er. Die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland (EKM) kritisierte das Vorgehen der Ermittler als unangemessen. Der stellvertretende Landesbischof Hans Mikosch sagte, es bestehe die Gefahr, dass bei der Durchsuchung der Diensträume das Seelsorge-Geheimnis verletzt werde.

Politiker in Sachsen und Thüringen reagierten ebenfalls empört. Der sächsische SPD-Landtagsabgeordnete Henning Homann sagte, es dränge sich der Eindruck auf, die Ermittlungsbehörden litten unter Verfolgungswahn. Der Grünen-Landtagsabgeordnete Johannes Lichdi warf den Behörden vor, sie gingen vor wie „die Axt im Walde“.

SPD-Vize-Fraktionschefin im Thüringer Landtag, Sabine Doht, forderte eine zügige Aufklärung der Ereignisse. „Dass die sächsische Polizei in Thüringen Hausdurchsuchungen durchführt und die Thüringer Behörden darüber offenbar nicht ausreichend informiert hat, ist ein sehr verwunderlicher Vorgang“. Sollte die Thüringer Polizei tatsächlich nicht informiert worden sein, liegt ein Verstoß gegen das Thüringer Polizeiorrganisationsgesetz vor.

Nach Angaben des Staatsanwalts laufen derzeit 687 Ermittlungsverfahren gegen Teilnehmer der Dresdner Großdemonstration im Februar. Diese hatte für bundesweite Empörung gesorgt, weil die Polizei dort mehr als eine Million Handydaten erfasst hatte.

Morgenpost 11.8.11

# 19. Februar: Sächsische Ermittler stürmen Pfarrbüro in Jena

Von Uwe Garten

DRESDEN - Der Ermittlungseifer der Dresdner Staatsanwaltschaft zum 19. Februar kennt keine Grenzen mehr. Nach dem fragwürdigen Spitzzeleinsatz gegen Tausende Handybesitzer schlugen die Fahnder jetzt wieder zu. Diesmal hatten sie einen Geistlichen im Visier. In Jena (Thüringen) stürmten sächsische Beamte die Räume des dortigen Jugendpfarrers Lothar König (57).

Zwanzig Beamte der Dresdner Sonderkommission 19/2 standen um 6 Uhr früh vor den Diensträumen des Geistlichen der „Jungen

Gemeinde“ von Jena. Im Gepäck: ein Durchsuchungsbeschluss. Der Vorwurf: „schwerer aufwieglerischer Landfriedensbruch, versuchte Strafvereitelung und Landfriedensbruch“ bei den Anti-Nazi-Demos am 19. Februar in Dresden.

Tatsächlich war der Geistliche König damals mit seinem blauen Gemeinde-VW-Bus mit Lautsprechern in Dresden. Die evangelische „Junge Gemeinde“ kämpfte schon zu DDR-Zeiten gegen politische Unterdrückung, engagierte sich seit Jahren gegen rechts und wollte dabei auch in Dresden helfen. Nach Lesart der Staatsanwaltschaft war der geistliche Herr aber so eine Art Rä-

deiführer gegen die Polizei. „So wurde über die Lautsprecher des Fahrzeuges des Beschuldigten im Bereich der Nossener Brücke zu einer Menge von über 1 000 Personen gerufen: „Deckt die Nullen mit Steinen zu“, so Staatsanwalt Jan Hille. Danach sollen Steinwürfe auf Polizeifahrzeuge erfolgt sein.

Pfarrer König bestreitet das vehement: „Wir haben gemacht, was wir bei solchen Demos immer machen: die Jugendlichen begleitet in der Hoffnung, schlimme Auseinandersetzungen oder gar tätliche Angriffe auf Personen zu verhindern.“

Die sächsischen Fahnder konnten gestern im Übrigen so gut wie ungestört „arbeiten“. Der Pfarrer weiß derzeit in Italien, die Tür zu den Räumen habe sich nach Angaben der Polizei allein „durch starkes Klopfen“ geöffnet. Die Fahnder beschlagnahmten das Fahrzeug, CDs, Videos und den Computer von Königs Sohn aus dessen Kinderzimmer.

Die Thüringer Polizei hatte indes nach Angaben des dortigen Innenministeriums keine Ahnung vom Treiben der sächsischen Beamten in ihrem Lande. Sachsens Justiz kennt eben keine Grenzen ...

## MEINE MEINUNG

Jetzt erst  
rechts

Von Gerhard Jakob

Wenn's um den 13. beziehungsweise 19. Februar geht, erinnert das derzeitige Vorgehen der sächsischen Justiz immer mehr an das Wüten eines gereizten Bären. Draufhauen auf alles, was sich rührt.

Es mag ja durchaus sein, dass die zahllosen Aktionen gegen die Nazi-Aufmärsche in Dresden die Ordnungskräfte geärgert haben. Viele Bürger haben sich einfach nicht brav an das gehalten, was von ihnen erwartet wurde: die Rechten marschieren lassen.

Dass die Ermittler nun dabei sind, Maß und Ziel aus den Augen zu verlieren, könnte auch mit der Politik dieses Landes zusammenhängen. In CDU-Kreisen wird seit geraumer Zeit keine Gelegenheit ausgelassen, bei Nennung von Nazi-Gewalt reflexartig auf „linke Gewalt“ hinzuweisen. Die Marschrichtung muss ordentlichen Staatsdienern damit klar erscheinen: Wer gegen rechts ist, ist automatisch links. Und wer links ist, ist verdächtig.

Ganz unabhängig davon, was die Ermittlungen gegen Pfarrer König ergeben werden: Die Art, wie die Justizbehörden vorgehen, spricht für unbändige Wut auf alles, was nur den Anschein erweckt, sich ihnen zu widersetzen. Wenn's darum geht, ein paar Steinwürfe aufzuklären, sind offenbar andere Rechtsgüter ziemlich wurscht - selbst solche von Verfassungsrang: Unverletzlichkeit der Wohnung, Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnis, Schutzwürdigkeit seelsorgerischer Tätigkeit - egal. Auf den Gedanken, dass die Rechtsbewahrer dem Recht auch Schaden zufügen könnten, scheint dort noch niemand gekommen zu sein.

Jenaer Pfarrer soll  
Linke aufgehetzt haben

Dresden/Jena - Ein Pfarrer als Gewalt-Hetzer? Die Dresdner Staatsanwaltschaft stürmte gestern in Jena (Thüringen) die Wohnung des Jugendpfarrers Lothar König (56). Der Mann mit dem Rauschebart soll am 19. Februar in Dresden öfter zur Gewalt aufgehetzt haben.

Laut Staatsanwaltschaft soll vom Kleintransporter des Pfarrers zu einer Menge von etwa 1000 Personen gerufen worden sein: „Deckt die Bühlen mit Steinen ein!“ Daraufhin seien „mehrere Steinwürfe auf

Polizeifahrzeuge erfolgt“. Außerdem soll die Menschenmenge aufgefordert worden sein, „Sackketten der Polizei zu durchbrechen, wobei Teilnehmer dieser Menschenmenge Fahnenstangen, Glasflaschen,

Steine als Waffen gegen Polizeibeamte eingesetzt haben. Der Pfarrer wies die Vorwürfe zurück. Gegen ihn wird wegen aufrührerischen Landfriedensbruchs und versuchter Strafvereitelung ermittelt.